

NEUSTADT-KURIER



5. Ausgabe

Meinungen
Informationen
Perspektiven



Dezember 1987

Ein stolzes Jubiläum



Im November 1987, unbemerkt von der Öffentlichkeit, konnte der Fraktionsvorsitzende der CSU im Neustädter Stadtrat, Erich Müller, ein seltenes Jubiläum feiern:

Seit November 1957 ist Erich Müller Fraktionsvorsitzender im Neustädter Stadtrat. War er zunächst als Vorsitzender der NEUSTÄDTER GEMEINSCHAFT tätig, wurde er, nachdem die NG sich mit der CSU zusammenschloß, auf Anhieb zum Fraktionsvorsitzenden der neuen CSU-Fraktion gewählt.

Die Verdienste Erich Müllers liegen besonders auf dem Sektor der Finanzpolitik. Als erfahrener Kaufmann mit einem immensen Sach- und Fachwissen ausgerü-

stet, ist es ihm selbstverständlich, die sparsame Verfügung der Steuergelder zu prüfen. Die fachliche Qualifikation des Fraktionsvorsitzenden wird auch von den politischen Gegnern durchaus anerkannt, wenn auch nicht geliebt. Als Diskussionsredner, der „die Sache auf den Punkt bringt“, ist er im Stadtrat häufig der besonnene und geachtete Koordinator, wenn die Wellen einmal hochschlagen.

Der besondere Verdienst Erich Müllers ist auch darin zu sehen, daß er es verstand, eine Reihe von jungen Nachwuchspolitikern an die Kommunalpolitik heranzuführen und diese dafür zu interessieren. Die langjährige Tätigkeit auf kommunalpolitischer Ebene wurde durch verschiedene Ehrungen honoriert: Neben der Verdienstmedaille des Bezirkes Oberfranken ist er auch Träger des Bundesverdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland. Er sitzt nach wie vor in Aufsichtsratsgremien der verschiedenen Organisationen und zeigt auch dort durch sein Fachwissen die Notwendigkeit seiner Präsenz.

Die CSU-Stadtratsfraktion wird dem Jubilar in einer kleinen Feierstunde in der Vorweihnachtszeit danken, nachdem er eine schwere Krankheit erfolgreich überstehen konnte. Dank wird dabei auch seiner Ehefrau Christl auszusprechen sein, die durch ihr Verständnis das Engagement für den Bürger und die Allgemeinheit ermöglichte. -9-

Danke

Der „Streit um des Kaisers Bart“ (LG Richter Bruckmayer) hat in Neustadt doch hohe Wellen geschlagen. Sicherlich gab es hämische Bemerkungen von Seiten der SPD-Genossen, aber auch eine breite Zustimmung. Eine Reihe von Zuschriften waren ermunternd und haben gezeigt, daß wir richtig liegen mit unserer Vorstellung den Bürger zu informieren. Auch die dabei ohne Aufforderung übermittelten Spenden haben uns gezeigt, daß der Bürger bereit ist, für Informationen auch etwas zu geben. Bezeichnend für viele sei die Meinung von C. K., die schrieb „Ich danke Ihnen für Ihre Informationen und wünsche Ihnen weiter-

hin viel Glück. Als kleines Geschenk darf ich 20,- DM beifügen, machen Sie so weiter!“ Auch andere Bürger, teils ungenannt (warum eigentlich?) erklärten ihre Solidarität und ihre Unterstützung. Dies hat uns sicherlich wohl getan, wir werden daher auch nicht nachlassen, den Bürger über Dinge zu informieren, die andere gerne verschweigen möchten!

In diesem Sinne versprechen wir Ihnen weiterhin Informationen aus erster Hand, für Ihre Spendenfreudigkeit bedanken wir uns nochmals herzlich.

Sollten auch Sie unsere Informationspolitik unterstützen wollen, können Sie Spenden auf unser Konto 1520 180 318 bei der Hypobank Neustadt überweisen (Spendenquittung senden wir zu!).

Ihre NK-Redaktion

Machtvolle Aktion!

Es war schon eine Freude zu sehen, wie die Neustädter Bürger das Begehren der CSU unterstützten: Bei Einzelhändlern, in Tankstellen, bei einer Unterschriftenaktion auf dem Wochenmarkt, ja sogar durch Einzelpersonen, die von Haus zu Haus gingen, wurde eine Unterschriftenaktion ins Leben gerufen, die in Neustadt ihresgleichen sucht. Nahezu 2 500 Einwohner, insbesondere aus dem Neustädter und Rödentaler Raum, zeigten durch ihre Unterschrift, daß sie die selbstherrliche Art des Landrates nicht verstehen. Dieser will die Außenstelle des Sozialamtes und der Kfz-Meldestelle auflösen und im neuen Landratsamt an der Grenze der Stadt Coburg zu Lautertal einrichten. Sicher gibt es einige Neider, die froh wären, wenn der Stadt damit wieder etwas mehr an Zentralität genommen wird, die große Mehrheit der Bevölkerung aber sieht ein, daß gerade die beiden Außenstellen erhalten werden sollten:

1. Die Kfz-Außenstelle ist weit über Neustadt hinaus beliebt, nicht nur weil die dortige Mitarbeiterin freundlich und zuverlässig arbeitet, sondern auch die Bürgernähe der Verwaltung erkennbar ist. Sie wickelt alleine durchschnittlich mehr Anträge ab, als dies bislang pro Person beim LRA in Coburg möglich ist.
2. Das Sozialamt ist Anlaufstelle für finanzschwache Menschen, die dringend Hilfe brauchen. Diese sollen nicht nach Coburg geschickt werden, weil meistens kein Pkw vorhanden ist, also Bus und Bahn benutzt werden müssen, was auch nicht ohne finanzielle Opfer möglich ist. Wenn dann noch jemand etwas behindert ist oder mit kleinen Kindern den Gang zum Amt antreten muß, wird der Weg zur Qual!

Es bleibt zu hoffen, daß der Landrat, der sich hier auf seine alleinige Entscheidungsbefugnis beruft, genügend Fingerpitzengefühl hat und nicht vergißt, daß sein Nachfolger auch von Neustädtern gewählt werden muß!

Bei der Übergabe der Unterschriften durch Stadtrat J. W. Heike und FU-Vorstandsmitglied Metha Engel machte OB

Fortsetzung nächste Seite

Der Repsen-Buckel

Hellmut Grepel – im Volksmund „Do Reps“ genannt – hat sich schon nach kurzer Zeit als Oberbürgermeister als Namensgeber bei der Bevölkerung einen fast unsterblichen Ruhm eingehandelt und bewahrt so eine alte Familientradition.

So ist er als Schöpfer der Repsen-Kerwa und des Repsen-Brötla bekannt geworden. Letzteres sind jene neuartigen Gaumenfreuden, die die Eßgewohnheiten bei Stadtempfängen revolutionierten. Triste Jahre, in denen ausschließlich Bratwürste „im Schlafrock“ gereicht wurden, waren vorüber. Das Repsen-Brötla, eine Semmel mit gebratenem Hackfleisch, war der Anfang einer neuen Ära. Der Volksmund der so treffend die Repsen-Kerwa als Wortschöpfung hervorgebracht hatte, versagte auch nicht, als er den Ort kennzeichnen sollte, auf dem sie nun wieder stattfindet. Eine weitgehend verfehlete Marktplatzkonzeption von OB und SPD wurde treffsicher mit dem Begriff „Repsen-Buckel“ umschrieben.

Am besten erkennt man den „Repsen-Buckel“, wenn man von der Georg-Langbein-Straße in Richtung Markt blickt. Der Marktplatz vor dem Ehrenmal ist nunmehr eine stattliche Anhöhe, deren Gefälle einer Rennrodelbahn zur Ehre gereichen könnte. Das Gerücht, daß durch ein neues Schild im Winter Bergschuhe mit Steigeisen zwingend vorgeschrieben werden sollen, wurde zwar bisher nicht bestätigt, aber auch nicht demontiert. Äußerungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Knauer (wohlgemerkt zu Beginn der Planungsvorbereitungen) lassen allerdings keine Zweifel aufkommen. Der Bürger hat sich danach mit seinem Schuhwerk nach den örtlichen Gegebenheiten zu richten, nicht etwa umgekehrt.

Nach der sicherlich etwas ironischen Einleitung muß jedoch das Entstehen des neuen Marktplatzes einmal kritisch von Anfang an beleuchtet werden:

I. Der Wettbewerb

Die Sanierungsmaßnahmen im Innenstadtbereich wurden von Beginn an von Geburtswehen begleitet. Zwar standen aus München und Bonn hohe Zuschüsse zur Verfügung, über das „wie“ gab es lange Diskussionen. Schließlich wurde ein Gestaltungswettbewerb ausgeschrieben, der eigentlich nur einen kleinen Fehler hatte: Die Ausschreibungsbedingungen und die damit verbundenen Sachvorgaben wurden vom Stadtrat weder beraten noch beschlossen.

II. Parkplätze:

So war der erste Streitpunkt schon vorprogrammiert: Die Parkraumfrage. Alle Teilnehmer gingen davon aus, daß der Wegfall von 60 oder 70 Parkplätzen auf dem Marktplatz unvermeidlich sein werde und deshalb gleichzeitig Parkmöglichkeiten am Arnoldplatz geschaffen werden sollten. Dabei war jedoch unbekannt, daß ein SPD-Mehrheitsbeschuß beste-

hen soll, daß das Bürgerhaus am Arnoldplatz mit den darin enthaltenen Parkdecks zunächst nicht gebaut werden sollte.

Die CSU vertrat bei allen Diskussionen die Meinung, daß ein ersatzloser Wegfall von 60 Parkplätzen weder für die Geschäftsleute noch für die Anwohner des Marktes zumutbar sei. Bürgermeister Häfner fragte, wo denn die Leute, die in diesem Bereich wohnen, ihre Autos hinstellen sollten und Erich Müller befürchtete, daß es nicht zu einer verkehrsberuhigten Zone, sondern zu einem Marktplatz mit mieser Geschäftslage kommen könnte.

Die SPD handelte aber wieder nach bewährtem Muster:

Da nicht sein kann, was nicht sein darf wurde zunächst der Kopf in den Sand gesteckt und abgewartet. Der OB verwies auf die Parkplätze am Anger und auf dem Schützenplatz und Walter Knauer erklärte bei der Beschlussfassung, daß das Parkplatzproblem „heute nicht ausdiskutiert werden könnte“. Nun ist es ja tatsächlich so, daß sowohl am Anger, als auch am Schützenplatz Parkplätze vorhanden sind. Es liege offensichtlich nur an der Bequemlichkeit der Neustadter Bevölkerung, daß diese das Angebot nicht nutzen will, wenn man z. B. Brötchen auf dem Markt holen wolle.

Vielleicht ist die Sachlage aber auch so, daß die Parkplätze am Anger und auf dem Schützenplatz an einer verkehrten Stelle liegen. Dem widerspricht jedoch die SPD und ihr Oberbürgermeister, so daß man manchmal den Eindruck hat, daß der

Marktplatz die falsche geografische Lage haben muß. Vielleicht wird man ihn doch noch verschieben, wobei bekanntlich die Kosten für den Steuerzahler keine Rolle spielen, man kann ihn ja zur Kasse bitten!

III. Der verkehrsberuhigte Bereich:

Unstrittig war nur eine Tatsache: Der Marktplatz mit seinen Seitenstraßen sollte ein „verkehrsberuhigter Bereich“ werden. Der Gesetzgeber hat durch ein eigenes dafür geschaffenes Schild eine bestimmte Zone ermöglicht, in der sich Fußgänger und Autofahrer gleichberechtigt nebeneinander bewegen. Ein entsprechender Beschluß wurde im Wirtschafts- und Verkehrssenat einstimmig gefaßt. Fachleute empfahlen dabei, daß das langsame Fahren durch entsprechende bauliche Maßnahmen gefördert werde. Tatsache ist aber, daß geradezu eine Rennstrecke von der Georg-Langbein-Straße bis zum Steinweg geschaffen wurde, offensichtlich war der Planer mit den örtlichen Gegebenheiten nicht so ganz vertraut. Bei den ersten Sitzungen vertrauer, im Gegensatz zum Vorsitzenden des Verkehrssenats, die Meinung, daß die Markierung von Parkplätzen nicht notwendig sei. Klammheimlich wurden inzwischen durch andersfarbige Steine im Belag dieser Fehler ausgebügelt. Schon der jetzige Betrieb zeigt aber, daß die Parkmarkierungen von niemanden ernst genommen werden. So haben die Mitglieder des Verkehrssenats in der nächsten Sitzung die undankbare Aufgabe, durch Einbahnstraßenregelungen eine verfehlete Konzeption in eine einigermaßen vernünftige Praxis umzusetzen, damit es nicht zwischen Autofahrern und Fußgängern zu „Jagdszenen in Oberfranken“ kommen kann.

- 7 -

(Fortsetzung im nächsten Neustadt-Kurier)



Fortsetzung „Machtvolle Aktion!“

Hellmut Grepel deutlich, daß auch er es begrüßen würde, wenn die Stadt die beiden Außenstellen behalten könnte. Dabei sind auch finanzielle Opfer seitens der Stadt angeboten, es bleibt also abzuwarten, welchen Erfolg der Oberbürgermeister mit seinen Bemühungen bei seinem Genossen in Coburg erzielen kann. Es ist wieder soweit, die Weihnachtszeit naht! Dies bedeutet für Neustadt Großereignisse, die aus dem Stadtleben nicht

mehr hinweg zu denken sind. Dazu gehört auch der Nikolaustag, der diesmal am Samstag, 5.12. stattfand. Leider war der Marktplatz durch die teilweise noch vorhandene Baustelle nicht in dem Maße geschmückt, wie man es gewünscht hätte, dennoch hat die Stadt auch in diesem Jahr wieder einen würdigen Rahmen gefunden. Sicherlich sind die für teures Geld angeschafften Weihnachtsschmückungen nicht unbedingt der Geschmack aller Bürger, aber die weihnachtliche Atmosphäre wurde zumindest vermittelt.

Ein Zirkuszelt für die SPD

Lachen ist gesund. Das behauptet nicht nur jeder Conférencier, Entertainer, usw. Auch die SPD-Stadtratsfraktion möchte dazu ihren Beitrag leisten. Nachdem schon $\frac{1}{4}$ des Stadtrats einen Herzinfarkt hatte, versucht die SPD mit ihren Anträgen Heiterkeit zu erzeugen um weiteren Gefährdungen vorzubeugen. Anders sind ihre Beiträge in den Stadtratssitzungen kaum mehr zu verstehen.

Nachdem der SPD sonst nichts Positives eingefallen war, sollte nun ein Zelt für die Stadt angeschafft werden, aber nicht gleich, sondern nur vielleicht und wenn überhaupt... Frei nach der Sponti-Manier: Es genügt nicht, keine Gedanken zu haben, man muß auch fähig sein sie auszudrücken!

Wofür braucht man eigentlich so ein Zelt? In Bayern ist die Bedeutung klar – aber das kann nicht Aufgabe der Stadt sein. Es muß also tiefer geschürft werden. „Ich glaube“ bzw. „nach meiner Meinung“ – fangen wir mal mit dem Glaubensbekenntnis in den Sachaussagen der SPD-Fraktion an, daß der Sitzungssaal des Rathauses nicht mehr für die Auftritte ausreicht, zum Beispiel beim Abstimmungsverhalten. Nachdem der Oberdompteur die „Peitsche“ resigniert aus der Hand gelegt hat, ist es dem Jungdompteur noch nicht gelungen die Fraktion immer gemeinsam durch den Reifen springen zu lassen. Man könnte zum Beispiel auch bei einem solchen Zelt alle Pläne hochklappen, um so bei Abstimmungen verschwinden zu können, damit man



sich nicht laufend die Klinke der Rathausstür in die Hand geben muß. Vielleicht hat die SPD in ihren Reihen auch nur einen Zeltmeister und sucht nach einer standesgemäßen Beschäftigung bei der Stadt. Vielleicht hat die SPD auch nur die Absicht, zur Gesunderhaltung der gesamten Neustadter Bevölkerung beizutragen, weil sie dann vor größerem Publikum ihre Meinung zum Besten geben kann. Die Ansprache dürfte allerdings schwierig sein, da kaum jemand den Ausführungen des Stadtrats zuhören mag. Die tapferen Presseleute sind hier zu loben, die getreulich ausharren, um aus dem Schotter der ewigen Grundsatzreferate und SPD-Bekenntnisse noch brauchbare, faire Artikel herauszuholen.

Wir können nur hoffen, daß die Lachsälven dazu beitragen, die Gesundheit der Bevölkerung zu verbessern. Wenn das der Fall ist, könnte man dem Kauf eines Dreimastzelses nähertreten.

Anmerkung:

Bei diesem Artikel handelt es sich um eine Glosse, die für eine Gegendarstellung nicht taugt!

Die Redaktion

Steuerreform – für wen?

Manchmal hat man den Eindruck, daß bei einigen Politikern das Denken dort aufhört, wo die Partei beginnt zu befehlen. Es ist kein Geheimnis, daß die SPD im ganzen Bundesgebiet die Losung ausgegeben hat, daß während des „Sommerlochs“ die Steuerreform der Bundesregierung angegriffen werden soll. Aus Gründen, die für eine Oppositionspartei vollkommen verständlich sind, versuchte die SPD dabei den Bürger zu verunsichern und ihm Angst einzujagen. Mit dem alten, abgegriffenen und wieder einmal nicht zutreffenden Argument, daß die „Reichen reicher und die Armen ärmer würden“, glaubte man das sozialistische Grundprinzip des Neids erfüllen zu können. Wie ist es aber wirklich?

Der Neustadter OB Gempel erklärte zunächst einmal im Kreistag, daß nach Berechnungen des Deutschen Städtetages die Stadt 1,9 Mio. DM Steuerverluste hinnehmen müsse. Auf Nachfragen von Kreisrat J. W. Heike ergab sich dann, daß der Städtetag lediglich eine „Hochrechnung“ (besser als Schätzung zu verstehen) vorgelegt hatte. Nachdem aber für 1988 die Schlüsselzahlen unbekannt waren und einzelstädtische Berechnungen nicht möglich gewesen wären, wurde

vom Städtetag selbst einschränkend erklärt, daß es sich nur um ein „Berechnungsmodell aus Nord-Rhein-Westfalen“ handle. Selbst wenn diese Summe richtig wäre, was bisher noch nicht beweisbar ist, würde dies nicht nur Verluste für die Stadt Neustadt, sondern auch erhebliche Gewinne für die Steuerzahler bedeuten: Wenn nämlich 1,7 Mio. DM, so lautet die „Hochrechnung“ des Städtetags wirklich, weniger an Einkommensteuer einkäme, müßte dies logischerweise wohl doch den Schluß zulassen, daß dadurch die Steuerzahler in Neustadt genau um diese Summe (mindestens!) weniger belastet würden. Also: Ein Plus für die Steuerreform!

Nachdem so viel über Quellensteuer, Subventionsabbau etc. geschrieben und geprochen wurde, wollen wir vom NK einige Informationen weitergeben:

1. Die Steuerreform bringt höhere Grundfreibeträge und damit eine Entlastung des Steuerzahlers.
2. Der Ausgangssteuersatz wird gesenkt, so daß auch die Geringverdiener 3% weniger Lohn- oder Einkommenssteuer zahlen müssen. Eine halbe Million Arbeitnehmer fallen ab 1990 vollständig aus der Lohn- und Einkom-

menssteuer heraus. Sie zahlen keine Steuern!

3. Die Kinderfreibeträge werden deutlich angehoben.
4. Ein „Durchschnittsarbeitnehmer“ wird jährlich um etwa 2 100,- DM entlastet. Er bezahlt somit monatlich etwa 165,- DM weniger Steuern.
5. Durch die Einführung des „linear-progressiven Tarifs“ werden 16,6 Milliarden DM Steuern dem Bürger belassen. Die überdurchschnittliche Progression wird abgebaut.

● Als Beispiel sei genannt: Schichtarbeiter, verheiratet, mit 2 Kindern, monatlicher Bruttolohn ca. 2 800,- DM. Dieser Schichtarbeiter bezahlt ca. 50% der bisherigen Steuerschuld, der Rest verbleibt bei ihm, wenn 1990 der neue Steuertarif angewendet wird.

● Aber auch bei Familien mit 2 berufstätigen Ehepartnern ergibt sich eine deutliche Reduzierung der Steuerlast: Der Ehemann als Automobilarbeiter mit ca. 56 000,- DM Bruttoeinkommen, die Ehefrau als Verkäuferin mit ca. 19 500,- DM Bruttoeinkommen nebst 2 schulpflichtigen Kindern wird im Jahre 1990 ca. 2 000,- DM weniger Steuern zahlen müssen, was immer noch eine Entlastung von 15% der bisherigen Steuerschuld darstellt.

Es ist somit deutlich, daß alle, insbesondere aber der bisher so stark in Anspruch genommene „Mittelstand“ wozu auch der qualifizierte Facharbeiter gehört, eine deutliche Entlastung spüren werden.

In diesem Zusammenhang sei die Frage gestattet, warum Automobilarbeiter, die schon heute zu den bestverdienenden Arbeitnehmern in unserem Staat gehören noch im Jahr 5 000 bis 7 000 DM unversteuerte Gewinne aus dem Verkauf von Jahreswagen behalten sollen, während jeder andere Bürger seine gesamten Einnahmen versteuern muß? Auch diesem Personenkreis wird ein Teilbetrag belassen, allerdings sollte hier mehr Steuergerechtigkeit in Form von Besteuerung aller oder Entlastung aller erfolgen.

Ein besonders böses Spiel treibt die Opposition mit dem Begriff der „Quellensteuer“. Zunächst einmal sei festgehalten, daß es falsch ist, wenn behauptet wird, dem Sparer soll sein Ersparnis weggenommen werden. Versteuert werden nur die Gewinne, und zwar Zinsgewinne, aus überdurchschnittlich angelegten Beträgen. Wenn also ein Sparsbuch mit gesetzlicher Kündigungsfrist angelegt wird, sind die darauf erzielten Zinserträge grundsätzlich nicht der Steuer unterlegen. Auch bei der Lebensversicherung werden die normalen Erträge nicht versteuert, so daß auch hier das Geschrei der Opposition nur Angst- und Panikmache ist.

Es bleibt zusammenzufassen, daß durch die neue Steuerreform sicherlich nicht alle Ungerechtigkeiten des Steuerrechts ausgemerzt werden können, daß aber doch ein erheblicher Anteil an Entlastung dem einfachen Bürger zugute kommt.

Nur ein rotes Kabel ist ein gutes Kabel

Die CSU bekennt sich seit jeher zu Liberalität und Toleranz. Dazu gehört auch die Informationsfreiheit des Einzelnen. Er alleine entscheidet was er hören oder sehen will. Dies gilt auch für das Angebot von Rundfunk und Fernsehen in Neustadt. Seit Jahren fordert die CSU-Stadtratsfraktion die Erschließung aller Gebiete Neustadts für die Fernsehversorgung. Als die CSU-Fraktion im Juli 1987 den Antrag im Stadtrat erneut einbrachte, den Beschluß des Werksrats vom Herbst 1986 endlich zu vollziehen und die Anbindung aller Bürger ans Kabelnetz, soweit möglich, zu beschleunigen, war klar, daß es ein schwieriges Unterfangen werden würde, weil, wie schon zuvor, der Antrag von der CSU, nicht von der Mehrheitspartei SPD kam. Ideologische Grundsätze standen gegen die mögliche Verbesserung der Informationsvielfalt. Wie erwartet, wurde in der Stadtratssitzung am 3. 8. 1987 der CSU-Antrag durch SPD und WGB abgelehnt. Nicht einmal diskutieren wollte die SPD darüber! Welche Überraschung für uns, daß dann unser Antrag plötzlich als „Arbeitsauftrag“ angenommen und an die Stadtwerke weitergeleitet wurde!

Am 24. 9. konnten die Stadtwerke das von der CSU geforderte Konzept vorlegen. Nunmehr stimmten sogar SPD und

WGB für die Restverkabelung des Versorgungsbereiches innerhalb der nächsten drei Jahre.

Auch die Versorgung der entfernteren Stadtteile soll nach den Lösungsvorschlägen der SWN möglich sein. Anlässlich eines Besuchs in Berlin konnte sich der Werksrat auch davon überzeugen, daß für die ferneren Stadtteile berechnete Hoffnungen bestehen, daß auch dort in den nächsten Jahren ein Kabelanschluß möglich wird.

Es ist erfreulich, daß wir feststellen konnten, daß die Mehraufwendungen, die durch eine konzentrierte und schnellstmögliche Verkabelung anfallen, über die SWN finanziert werden kann, so daß keine größeren Belastungen der Bürger zu erwarten sind. Es bleibt dabei: Anschlußgebühren werden, entgegen der Übung der Bundespost, in Neustadt nicht verlangt.

Der Antrag der CSU-Fraktion vom Juli ist nach einem Hürdenlauf von Erfolg gekrönt. Somit erhält jener Bürger doch nicht Recht, der noch im Sommer die Meinung vertrat „nur ein rotes Kabel ist ein gutes Kabel“.

— **CSU** —

Wahlrecht für Ausländer

In den Reihen der SPD grassiert seit mehreren Monaten eine neue Idee zur Beschaffung von Mehrheiten: Ausländer sollen möglichst bald und möglichst umfassend ein Wahlrecht auf kommunaler Ebene erhalten. Abgesehen davon, daß es durchsichtig ist zu glauben, durch die Bewilligung von kommunalen Wahlrechten für die Ausländer neue Mehrheiten zu schaffen, ist aber auch ein Blick ins Grundgesetz notwendig: Der parlamen-

tarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, hält ein aktives und passives Wahlrecht für Ausländer bei Kommunalwahlen für verfassungswidrig. Das Grundgesetz lasse ein solches Wahlrecht nicht zu. Dies gilt nicht nur für Bund und Länder, sondern auch für die Kommunen, meint Waffenschmidt, der damit erfreulich klare Worte zu den Hirngespinnsten mancher Sozialdemokraten findet. Wir meinen, wer das Wahlrecht in Deutschland haben will, soll auch deutscher Staatsbürger sein. Es kann nicht angehen, daß nur Rechte, sondern auch Pflichten übernommen werden müssen, wenn jemand vollwertiges Mitglied in einer Gesellschaft werden will.

Wußten Sie schon, daß...

● die Gewerbesteuer auf zwei Arten erhoben wird, nämlich die Gewerbeertragssteuer und die Gewerkekapitalsteuer?

● die Gewerbesteuer eine ungerechte Steuer ist, die nur von der Industrie, dem Handel, dem Handwerk und dem sonstigen Gewerbe erhoben wird? Freiberufler wie Ärzte, Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater usw. müssen eine solche Gemeindesteuer nicht zahlen.

● die Städte und Gemeinden die Hebesätze selbst festsetzen können. Die Stadt Neustadt verlangt einen Hebesatz von 360%. Damit hat sie die höchste Gewerbesteuer im ganzen Coburger Land, einschließlich der Stadt Coburg.

● im Jahre 1985 der Landesdurchschnitt der Hebesätze aller Städte und Gemeinden in Bayern 319,4% betrug, während die Zonengrenzstadt Neustadt 360% erhebt.

● die Stadt Neustadt mit ihrem Hebesatz damit auch alle kreisfreien Städte in ganz Oberfranken übertrifft, obwohl diese wesentlich größer als Neustadt sind.

● der Gewerbetreibende in Neustadt bei dem jetzigen Hebesatz mehr als 15% seines Gewinnes als Gewerbeertragssteuer an die Stadt Neustadt abzuführen hat, wobei lediglich ein Gewinn von 36000,- DM jährlich gewerbesteuerfrei bleibt.

● bei der Gewerbesteuer der Gewinn und das Kapital des Unternehmens zur Besteuerung herangezogen wird? Zum Gewinn zählen dabei auch 50% der Dauerschulden des Betriebes; zum Gewerkekapital werden 50% der Dauerschulden des Betriebes hinzugerechnet. Es werden also Zinsen aus Betriebsschulden wie Betriebsgewinn behandelt und Betriebsschulden wie Eigenkapital versteuert.

● der Gewerbetreibende mit einer höheren Steuerlast bestraft wird, der viel Kapital in seinem Betrieb hineinsteckt, Investitionen vornimmt und auf diese Weise Arbeitsplätze schafft?

● es mittelständische Betriebe naturgemäß abschreckt, sich in Neustadt anzusiedeln, wenn sie von dem Gewerbesteuerhebesatz hören?

● es in den Händen der SPD-Mehrheitsfraktion im Stadtrat Neustadt b. Coburg liegt, den schon durch die Zonengrenze benachteiligten Betrieben eine Erleichterung zuteil werden zu lassen?

Rödental winkt!

Herausgeber:
Jürgen W. Heike, Arnoldplatz 9, 8632 Neustadt b. Coburg
Verantwortliche Redakteure:
Arno Bätz, Bernhard Häfner, Gerhard Knoch, Dr. Hans Mutschmann, Erich Müller, Jürgen Petrautzki, Leonhard Weitz.

*Allen Neustadter Bürgern danken wir
für das entgegengebrachte Interesse
an unserem Neustadt-Kurier.*

*Die Stadtratsfraktion der CSU, die Christlich Soziale Union, Ortsverband Neustadt,
die Frauenunion, die Junge Union und die Schülerunion Neustadt wünschen*

*ein friedliches, besinnliches
Weihnachtsfest und ein gesundes,
glückliches Neues Jahr*

